

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Robin Wood**

Pressemitteilung, 12. November 2013

Gerät Urenco-Verkauf in Schwierigkeiten?

- Niederlande besorgt wegen Weiterverbreitung der Urananreicherung

- 5. Dezember: NL-Parlament veranstaltet „Runden Tisch“

„Neue Bundesregierung soll Urenco-Verkauf absagen“

Die britische Zeitung „The Telegraph“ meldet, dass es im niederländischen Parlament wachsende Bedenken gegen eine Privatisierung der Urananreicherungsfirma Urenco gibt. Grund dafür sei die Angst vor einer Weiterverbreitung der militärisch hoch sensiblen Urananreicherungstechnologie. Aus diesem Grund organisiert das niederländische Parlament am 5. Dezember einen „Runden Tisch“ zum Urenco-Verkauf, bei dem es um die Zukunft der Urenco und das Thema nukleare Sicherheit gehen soll. AtomkraftgegnerInnen und Friedensinitiativen sind allerdings anscheinend nicht zum „Runden Tisch“ eingeladen.

Die niederländischen Sorgen haben einen realen Hintergrund: In den 1970er-Jahren hatte der pakistanische Atomwissenschaftler Dr. Khan aus der Urananreicherungsanlage Almelo Blaupausen für den Bau von Urananreicherungs-zentrifugen entwendet und diese für den Bau der pakistanischen Atombomben verwendet.

„Jeder Verkauf von Urenco-Anteilen an Dritte vergrößert das Risiko einer Weiterverbreitung der militärisch bedeutsamen Urananreicherungstechnologie. Diese Technologie, mit der Uran für Atomwaffen hergestellt werden kann, eignet sich in keiner Weise für Börsengeschäfte und Wirtschaftsinteressen,“ so Dirk Seifert von Robin Wood.

„Ministerpräsidentin Kraft soll UAA-Stillegung in Berlin durchsetzen“

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie Robin Wood fordern deshalb von der niederländischen, britischen und deutschen Regierung ein klares Nein zum Urenco-Verkauf sowie die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlagen in Gronau, Almelo und Capenhurst.

„NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat jetzt als Chef-Unterhändlerin der SPD für das Thema Energie die einmalige Chance, bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau politisch durchzusetzen – ganz so, wie es im NRW-Koalitionsvertrag mit den Grünen vereinbart wurde. Deutschland braucht keine Urananreicherung und muss aus dem Nuklearsektor komplett aussteigen,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

„Beim Thema Urananreicherung ist nur eine „Null-Risiko“-Politik akzeptabel. Die jahrelangen Debatten mit dem Iran zur Urananreicherung sowie die Entwicklungen in Nordkorea und Pakistan zeigen, dass es im Nachhinein praktisch unmöglich ist, eine Weiterverbreitung der Urananreicherungstechnologie rückgängig zu machen,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Hintergrund:

Die Urenco Ltd. gehört zu gleichen Teilen dem britischen und niederländischen Staat. Auch die Energiekonzerne EON und RWE besitzen ein Drittel der Anteile. Die Bundesregierung besitzt beim Verkauf der Urenco-Anteile aufgrund der militärischen Brisanz ein Mitsprache- und Veto-Recht. Laut Medienberichten soll der komplette Verkauf der Urenco rund 8-12 Mrd. Euro einbringen.

Urenco betreibt in Deutschland die Urananreicherungsanlage Gronau und entwickelt und baut über die Tochterfirma ETC in Gronau und Jülich die Zentrifugen. Urenco besitzt nach eigenen Angaben einen Weltmarktanteil von ca. 30 %. Allein aus Gronau kann jedes 10. AKW weltweit mit angereichertem Uranbrennstoff versorgt werden.

Quelle: <http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/energy/10438652/Plan-to-sell-Urenco-runs-into-Dutch-objections.html>

Weitere Informationen: www.robinwood.de, www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.aku-gronau.de